

(Abgeordneter Dr. Engelmann.)

(A) Dann legt der Kleinhandel großen Wert darauf, daß nun endlich das Bezugsscheinverfahren abgebaut wird, da es doch teilweise überflüssig geworden ist. Vor allen Dingen aber wünscht der Kleinhandel, daß die behördliche Kontrolle bei den sogenannten Kommunalwaren aufgehoben wird. Es ist mir erzählt worden, daß z. B. in einer Stadt Sachsens schon seit einem Vierteljahre Strumpfwaren zur Verteilung bereit liegen, daß aber die Verteilung um deswillen noch nicht vorgenommen werden konnte, weil der Verteilungsplan nicht ausgearbeitet ist. Also es müßte doch möglich sein, schnell den Kleinhandel in die Lage zu versetzen, daß er nunmehr die Konsumenten mit der so lange entbehrten Ware versehen kann.

Dann ist darauf hingewiesen worden, daß wir eine Anzahl von Reichslägern haben, in denen verteilungsfähige Waren vorhanden sind, ohne daß die Verteilung vor sich geht. Es wird vor allen Dingen darauf hingewiesen, daß in Niedersiedlig z. B. für eine Viertelmilliarde Stoffe liegen, deren Verteilung in die Wege geleitet werden soll, aber noch nicht erfolgt ist.

(Hört, hört! rechts.)

Es werden jedenfalls die Industriellen selbst genau über die mißliche Lage orientiert sein, in die sie selbst dadurch gelangt sind. Der Kleinhandel wünscht jedenfalls, daß (B) die Verteilung möglichst schnell vorgenommen wird.

Dann wird darauf hingewiesen, daß es in neuerer Zeit Brauch zu werden scheint, daß man dem Handel die Ware, die er vertreiben soll, zum sechs- bis siebenfachen Preise anbietet von dem Preise, zu dem sie bei der Beschlagnahme selbst abgenommen worden ist, also daß aus Anlaß der Verteilung der Rohstoffe bei den Zentralstellen noch wesentliche Summen hängen bleiben sollen. Das kann zweifellos nicht im Interesse der Verbraucher und auch nicht des Handels liegen, und es muß dafür gesorgt werden, daß zwischen dem Preise, der früher beim Einkauf gezahlt worden ist, und dem Preise beim Verkauf ein angemessenes Verhältnis besteht.

Der Lebensmittelhandel ist ja leider noch für längere Zeit brachgelegt, da die Rationierung der Waren voraussichtlich nicht so schnell aufgegeben werden kann. Er rechnet aber bestimmt darauf, daß er nicht länger, als es notwendig ist, ausgeschaltet bleibt, und er legt großen Wert darauf, daß es ihm möglich wird, durch Zusammenfassung in Genossenschaften oder sonstige Vereinigungen mehr als bisher an der Verteilung beteiligt zu werden. Er wünscht vor allen Dingen, daß man nicht etwa, wie man in Zeitungen gelesen hat, darauf zukommt, an der Rationierung auch für die Zeit festzuhalten, wo sie überflüssig geworden ist, daß also die Gemeinden oder ge-

wisse Zentralstellen berufen sein sollen, unter Ausschaltung (C) des Kleinhandels den Verkauf der Ware in die Wege zu leiten. Wir waren froh, als es uns gelungen war, die Gemeinden zu entlasten, solange sie die Verteilung vornehmen mußten. Und auch der Verbraucher ist froh, seine Waren wieder bei seinem alten langjährigen Lieferanten kaufen zu können. Es wäre ein Rückschritt, wenn man nun auf einmal in den früheren Brauch zurückfallen und ohne jeden äußeren Anlaß eine Zentralisation des Verkaufs der Lebensmittelwaren einleiten würde.

Vor allen Dingen legt aber der Kleinhandel darauf Wert, daß ihm nunmehr endlich einmal für die von ihm verkauften Waren angemessene Preise zugestimmt werden. Wir sehen ja, daß überall die Löhne und Gehälter erheblich erhöht worden sind, und es ist recht und billig, daß auch der Kleingewerbetreibende, der im Kriege schwer gelitten hat, in die Lage kommt, an dem Mehr, das dem Wirtschaftsleben zur Verfügung steht, beteiligt zu werden. Ich wiederhole, daß gerade der Lebensmittelhandel am schwersten gelitten hat, daß es dort sehr, sehr schlimm aussieht und daß ihm die Möglichkeit gegeben werden muß, daß er einen größeren Verdienst erzielt als bisher.

Der Gastwirtsstand hat gleichfalls schwer gelitten. Gewisse Maßnahmen in seinem Interesse zu treffen, ist meines Erachtens jetzt sehr schwer, da ja erstens einmal (D) seine Notlage im Zusammenhang mit den Verhältnissen steht, unter denen wir jetzt leben, und da vor allen Dingen ferner diese Verhältnisse durch die reichsgerichtlichen Regelungen geschaffen worden sind. Ich glaube kaum, daß es denkbar sein wird, sofort dem Gastwirtsstande zu helfen. Er muß bessere Zeiten abwarten, bis auch er wieder in seine alten Rechte eingesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, Ihnen in großen Zügen die Notlage des Mittelstandes zu schildern; ich habe weiterhin versucht, Ihnen eine Reihe von Maßnahmen zu nennen, die meiner Ansicht nach geeignet sein können, wenigstens vorläufig eine Besserung der Lage des Mittelstandes herbeizuführen. Ich bitte die Staatsregierung, dem Mittelstande ihr Wohlwollen nicht zu versagen. Es handelt sich um eine große Anzahl von Volksgenossen, die mit dem Wirtschafts- und Volksleben eng verankert sind und auf deren Weiterexistenz der moderne Staat auf keinen Fall verzichten kann, wenn er sich nicht selber in Gefahr bringen will. Wir können das Handwerk nicht entbehren, denn es schafft Kräfte, Ware, Lebensmittel; wir können den Handel nicht entbehren, denn er vermittelt zwischen dem Konsumenten und dem Großhandel. Ich wiederhole deshalb meine